



Treffen einer ZRK-Regierungsdelegation mit Zentralschweizer Parlamentarierinnen und Parlamentariern am 27. Oktober 2010 (Parlamentarier-Treffen)

Bericht und Antrag des Ausschusses vom 12. Mai 2010 zuhanden der 86. ZRK vom 11. Juni 2010

1. Ausgangslage

Die Zentralschweizer Kantone wollen ihre gemeinsamen Interessen nach aussen stärker als bis anhin vertreten. Diese strategische Stossrichtung, welche die Ebene Bund und den Metropolitanraum Zürich umfasst, ist eines der Ergebnisse aus der Klausurtagung im März 2008. Die von den Kantonsregierungen in diesem Zusammenhang beschlossenen Massnahmen beinhalten u.a. auch ein jährliches Treffen einer ZRK-Regierungsdelegation mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern (nachfolgend Parlamentarier-Treffen genannt).

Das Parlamentarier-Treffen dient dem Gedankenaustausch zu einem für die Zentralschweiz wichtigen Thema. Dem Ausschuss obliegt die Organisation des Treffens.

2. Themen 2010

Eine Umfrage bei den Kantonsregierungen und den Direktorenkonferenzen hat ergeben (siehe Beilage), dass das Thema „Aufgabenüberprüfung und Konsolidierungsprogramm 2011–2013 des Bundes - Auswirkungen auf die Kantone“ einem Bedürfnis entspricht. Es soll 2010 als Hauptthema im Vordergrund stehen. Die inhaltliche Federführung liegt bei der Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK), die hierzu ein Grundlagenpapier erarbeiten wird mit folgender Gliederung:

- 1) Ausgangslage,
- 2) Probleme,
- 3) Erwartungen an Zentralschweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Dieses Grundlagenpapier ist von den Kantonsregierungen zu bestätigen und im Hinblick auf das Treffen als Sitzungsunterlage zu verwenden.

Als weitere Themen, die im Sinne einer Kurzinformation eingebracht werden, sind vorgesehen: Bahn 2030.

2.1 „Aufgabenüberprüfung und Konsolidierungsprogramm 2011–2013 des Bundes - Auswirkungen auf die Kantone“ als Hauptthema

Das von der ZFDK aufzubereitende Thema hat das Finanzdepartement Obwalden wie folgt umschrieben:

1) Ausgangslage

Am 14. April 2010 verabschiedete der Bundesrat die Vernehmlassungsvorlage zum Konsolidierungsprogramm 2011 – 2013 (KOP 11/13) und zum Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung des Bundes (AÜP). Gewisse Massnahmen der AÜP sind Bestandteil des KOP. Beide Vorhaben zusammen werden bis 2015 zu Haushaltsverbesserungen in der Höhe von jährlich rund 2,7 Milliarden Franken führen. Im Rahmen der AÜP sind tiefgreifende Leistungs- und Strukturreformen vor allem in der Altersversicherung, der Verkehrsfinanzierung, der Armee, des schweizerischen Aussennetzes und der Ressortforschung geplant. In der Landwirtschaft sind die nächsten Reformschritte, so namentlich die Weiterentwicklung der Direktzahlungen, bereits in Gang gesetzt. Das Konsolidierungsprogramm sieht ab 2011 Einsparungen von jährlich insgesamt 1,5 Milliarden Franken vor. Davon entfallen bis zu 600 Millionen Franken auf kurzfristig realisierbare Massnahmen der AÜP.

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist zurzeit an der Erarbeitung einer gemeinsamen Position der Kantone, die anlässlich der Sitzung vom 25. Juni verabschiedet wird. Diese Stellungnahme wird als Basis für die Erarbeitung eines Grundlagenpapiers dienen.

2) Probleme

Zentrales Thema des Grundlagenpapiers sollen die vorgesehenen Kürzungen im Bereich der Verbundaufgaben sein. Gemäss Angaben des Bundes sind Lastenabwälzungen auf die Kantone nicht vorgesehen. Tatsächlich wird es aber so sein, dass Kürzungen oder Streichungen von Bundesbeiträgen bei Verbundaufgaben von Bund und Kantone zu Lastenabwälzungen führen werden. Streicht der Bund gewisse Abteilungen, so werden nicht zuletzt auch wegen dem politischen Druck die Kantone die alleinige Finanzierungsverantwortung tragen müssen. Dieser Umstand ist umso problematischer, weil sich die Kantone in jüngster Zeit mit Mehrbelastungen seitens Bund konfrontiert sahen. So führen die Steuerreformen des Bundes zu erheblichen Einnahmeausfällen bei den Kantonen. Als Beispiele können die Unternehmenssteuerreform II (Ausfälle 850 Mio. Fr.), die Sofortmassnahmen zur Beseitigung der Heiratsstrafe (Ausfälle 110 Mio. Fr.), der Ausgleich der kalten Progression (Ausfälle 100 Mio. Fr.) sowie die Familienbesteuerung (Ausfälle 100 Mio. Fr.) genannt werden. Darüber hinaus stehen die Kantone aufgrund der Bundesgesetzgebung wie beispielsweise bei der Neuordnung der Pflegefinanzierung und der neuen Spitalfinanzierung erheblichen Mehrbelastungen gegenüber.

Das Grundlagenpapier greift einzelne Massnahmen, die aus zentralschweizerischer Sicht als besonders bedenklich angesehen werden, auf. In Frage kommen unter anderem der regionale Personenverkehr, die Waldwirtschaft oder die familienergänzende Kinderbetreuungen.

3) Erwartungen an Zentralschweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Die Position der Kantone gegenüber dem Konsolidierungsprogramm ist bereits aus heutiger Sicht absehbar: Der Bund hat auf Kürzungen im Bereich von Verbundaufgaben zu verzichten und die Sparanstrengungen auf den Eigenbereich zu konzentrieren. Im Rahmen der Veranstaltung soll es darum gehen, anhand von konkreten Beispielen die Position der Zentralschweizer Kantone aufzuzeigen und somit die Parlamentarier für die konkreten Anliegen zu sensibilisieren.

2.2 Weitere Themen

Für das weitere Thema (Bahn 2030) wird die Zentralschweizer Konferenz des öffentlichen Verkehrs (ZKöV) eine Kurzinformation vorbereiten. Die Kurzinformation soll den Kantonsregierungen vorgängig zur Kenntnis gebracht werden und am Treffen ebenfalls schriftlich vorliegen.

3. Organisation

3.1 Termin

Mit Schreiben vom 21. Januar 2010 ist den SR und NR folgender Termin mitgeteilt worden:

- Mittwoch, 27. Oktober 2010

Der ZRK-Ausschuss und die Staatskanzleien der Zentralschweizer Kantone haben eine Kopie dieses Schreibens erhalten.

3.2 Ort und Zeit

Ort: Luzern
(Örtlichkeit in der Stadt Luzern ist noch festzulegen)

Zeit: 17.00 Uhr
(mit der Möglichkeit eines anschliessenden Abendessens, Anmeldung erforderlich)

3.3 ZRK-Delegation

Vor dem Hintergrund der gewählten Thematik besteht die Delegation der ZRK aus:

- Ausschuss ZRK
- ZFDK-Mitglieder
- Präsident der ZKöV

3.4 Programm

Die genaue Themenbezeichnung und die Bestimmung der Referenten sind von der ZFDK bzw. von der ZKöV festzulegen.

Nachfolgend ein erster Programmentwurf:

<i>Zeit</i>	<i>Thema</i>	<i>Referent</i>
17.00	Eintreffen	
17.10	Begrüssung	RR Hugo Kayser, Präsident ZRK
17.20	Aufgabenüberprüfung und Konsolidierungsprogramm 2011–2013 des Bundes – Auswirkungen auf die Kantone: Bedürfnisse und Erwartungen der Zentralschweizer Kantone	RR Hans Wallimann, Präsident ZFDK
17.50	Bahn 2030	RR Mathias Michel, Präsident ZKöV
18.00	Abendessen	

3.5 Weiteres Vorgehen

Es sind drei Eckdaten, die das weitere Vorgehen bestimmen:

- Genehmigung Bericht und Antrag durch ZRK: 11.06.2010
- Genehmigung Grundlagenpapier durch Regierungen: 27.08.2010
- Parlamentarier-Treffen: 27.10.2010

Die Arbeitsschritte im Einzelnen:

	<i>Arbeitsschritte</i>	<i>Wer</i>	<i>Bis wann</i>
1	Bericht und Antrag Ausschuss z.H. 86. ZRK	Ausschuss	12.05.2010
2	Genehmigung des Berichts und Antrags	ZRK	11.06.2010
3	Erarbeitung Grundlagenpapier „Aufgabenüberprüfung“	ZFDK	16.07.2010
4	Genehmigung Grundlagenpapier „Aufgabenüberprüfung“	Kantonsregierungen	27.08.2010
5	Ev. Überarbeitung Grundlagenpapier „Aufgabenüberprüfung“ und Zustellung an ZRK-Sekretariat	ZFDK	10.09.2010
6	Erstellung Kurzinformationen zu Bahn 2030; Zustellung der Kurzinformationen an ZRK-Sekretariat	ZKöV	10.09.2010
7	Organisation des Parlamentarier-Treffens: 1. Festlegung Örtlichkeit 2. Anmeldung Abendessen 3. Versand Einladung mit Unterlagen	ZRK-Sekretariat	16.07.2010 17.09.2010 14.10.2010
8	Parlamentarier-Treffen in Luzern unter der Leitung des ZRK-Präsidenten	SR und NR Zentral-schweiz, ZRK-Delegation	27.10.2010
9	Auswertung des Parlamentarier-Treffens	Ausschuss	29.10.2010

	<i>Arbeitsschritte</i>	<i>Wer</i>	<i>Bis wann</i>
10	Information Kantonsregierungen anlässlich 87. ZRK	ZRK	26.11.2010

4. Antrag

1. Die ZRK nehme den Bericht und Antrag des Ausschusses zur Kenntnis.
2. Sie erteile dem Ausschuss den Auftrag, das Parlamentarier-Treffen gemäss dem vorliegenden Bericht durchzuführen.
3. Der Ausschuss nehme eine Auswertung des Treffens vor und orientiere an der 87. ZRK vom 26. November 2010.

Beilage:

Aktennotiz betreffend Themenvorschläge vom 27. April 2010



Aktennotiz

Themenvorschläge für das Parlamentarier-Treffen 2010

Im Januar 2010 sind die Kantonsregierungen und die Direktorenkonferenzen gebeten worden, bis spätestens 16. April 2010 Themenvorschläge für das Parlamentarier-Treffen vom Mittwoch, 27. Oktober 2010, zu unterbreiten. Folgende Vorschläge sind eingebracht worden:

1. Gewalt im Sport, bei Sportanlässen
(ZPDK, 8.3.2010)
2. GWK, Grenzwachtkorps
(ZPDK, 8.3.2010)
3. Aufgabenüberprüfung und Konsolidierungsprogramm 2011 – 2013 des Bundes – Auswirkungen auf die Kantone
(ZG, 24.3.2010)
4. Bahn 2030: Information zu den Zentralschweizer Anliegen
(ZG, 24.3.2010)
5. Agglomerationsprogramm
(ZG, 24.3.2010)
6. Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes und Gegenvorschlag der Landschaftsinitiative
(ZG, 24.3.2010)
7. Bahn 2030 – Information über Stand der Dinge und Interessenwahrung der Zentralschweiz (nicht Haupttraktandum, jedoch wichtiges, weiterzuverfolgendes Nebenthema)
(ZKöV, 1.4.2010)
8. Obwalden wünscht, dass der öffentliche Verkehr wieder thematisiert wird
(OW, 14.4.2010)
9. Möglichkeiten der Einbindung des Bundes - konkret des Bundesamtes für Bildung und Technologie BBT - in die derzeitigen Entwicklungen bei der Bildung in der Zentralschweiz (PHZ-FHZ-MCCS)
(OW, 20.4.2010)

Zu Vorschlag 3 sind aus der Sicht des Kantons Zug folgende Forderungen zu stellen:

- Keine Budgetverlagerungen zu den Kantonen/Gemeinden. Im Gegenteil sollten das Sparprogramm auch den Kantonen im einen oder anderen Fall eine Entlastung bringen können.
- Der Bund darf sich nicht einfach aus Mitfinanzierungen zurückziehen und die Belastung den Kantonen überlassen. Der betroffene Ausgabenbereich soll effektiv abgebaut werden.
- Das Parlament soll die notwendigen Abbaumassnahmen konkret beraten und beschliessen und nicht nur das Budget der Departemente summarisch zusammenstreichen.
- Die Sparmassnahmen im Konsolidierungsprogramm müssen kongruent sein mit der entsprechenden inhaltlichen Politik des Bundes und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

OF / 27. April 2010